

Kürzungspläne gestoppt

LWL zückt den Rotstift – Caritas und Betroffene halten dagegen

Nach heftigen Protesten von Caritas, Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und von Betroffenen hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) einige Kürzungspläne im Bereich der Behindertenhilfe zurückstellen müssen. Der LWL-Jugendhilfeausschuss entschied sich gegen eine Vorlage der eigenen Verwaltung.

Die Caritas hatte insbesondere die Absicht des LWL kritisiert, die wohnortnahe Betreuung behinderter Kinder einzuschränken. Nach den bisherigen Richtlinien werden auch einzelne behinderte Kinder in der nächstgelegenen oder in der von den Eltern gewünschten Einrichtung, beispielsweise in Trägerschaft einer katholischen oder evangelischen Kirchengemeinde, adäquat betreut. Dies sollte nach Vorstellung des LWL künftig entfallen. Der LWL wollte darüber hinaus auch bei der Fachberatung der Erzieherinnen sparen; Die Finanzierung dieses Dienstes sollte um 30 Prozent abgesenkt werden. Dagegen hatte der Landesjugendhilfeausschuss noch vor zwei Jahren die fachliche Begleitung als wichtige Voraussetzung zur Sicherung der Qualität angesehen. Diese Verlässlichkeit der Hilfen für behinderte Kinder wäre mit den nun abgewendeten Änderungen zur Disposition gestellt gewesen, so der Diözesan-Caritasverband Paderborn.

In der politischen Diskussion steht weiterhin die Absicht des LWL, Kürzungen bei den Vergütungen für die heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen unter Inkaufnahme von Einschränkungen der Leistungen vorzunehmen. „Es entsteht der Eindruck, dass wieder einmal bei den Schwächsten gespart werden soll, ohne die Folgekosten zu betrachten“, kritisierte Paderborns Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig. Es sei notwendig, die Rahmenbedingungen für eine inklusive Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung zu verbessern, anstatt das bislang Erreichte abzubauen.

Zum Auftakt der Jahreskampagne 2011 für mehr „selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung“ nahm die Caritas Paderborn auch die Situation der Werkstätten für Menschen mit Behinderung in den Blick. Sie ermöglichten Teilhabe am Arbeitsleben sowie eine eigenständige Altersversorgung für einen Teil der behinderten Menschen. Die Leistungen der Teilhabe am Arbeitsleben müssten an die Person und nicht an die Einrichtung gebunden gewährt werden, fordert die Caritas. Dadurch könnten flexible Beschäftigungsverhältnisse auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt entstehen. Die Caritas setzt sich für den weiteren Aufbau von Integrationsfirmen und für den Ausbau der ausgelagerten Arbeitsplätze der Werkstätten ein. Trotzdem werden weiterhin Werkstattplätze benötigt. Die Caritas wendet sich daher mit Nachdruck gegen die Absichten des LWL, den Ausbau der Plätze in Westfalen-Lippe künstlich von 700 auf 350 zu begrenzen. Dies würde in den nächsten Jahren bedeuten, dass 1000 Menschen mit Behinderungen kein Werkstattplatz angeboten werden kann. ◀

„Caritas in NRW – AKTUELL“
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527

„Ein richtiger Schritt“

Die Caritas in NRW begrüßt die erneute Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren durch die Landesregierung. Das sei ein „erster Schritt in die richtige Richtung“, sagte der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders. Die Landesregierung hatte Anfang Januar 145 Einrichtungen eine Förderzusage über insgesamt fünf Millionen Euro erteilt und damit Kürzungen der Vorgängerregierung zurückgenommen.

Arbeitslosenberatungsstellen informieren über Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, beraten zu wirtschaftlichen und psychosozialen Problemen und bieten Hilfestellung bei rechtlichen Problemen an. Arbeitslosenzentren dienen vor allem den sozialen Kontakten und sind oft ein Türöffner zu weiteren Beratungsangeboten.

„Mit dem niedrigschwelligen und unabhängigen Beratungsangebot für arbeitslose Menschen wird endlich die Forderung der Caritas erfüllt, benachteiligten Menschen Schritte zur Integration durch Arbeit und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen und diese nicht abzuschreiben“, sagte Schröders. Der Diözesan-Caritasdirektor erwartet „weitere richtungsweisende Entscheidungen des Landes“ und hat dabei insbesondere die „dauerhaft gesicherte Förderung sozialer Betriebe“ im Blick. Auch auf Bundesebene müsse durch eine Reform der SGB-II-Leistungen eine wirkliche Existenzsicherung ermöglicht werden. ◀



Initiative für arme Schwangere

Caritas möchte Zusammenarbeit zwischen Schwangerschaftsberatungsstellen und Jobcentern landesweit verbessern

Bei den Hilfen für Schwangere läuft es auch fünf Jahre nach Einführung des neuen Sozialgesetzbuchs (SGB) II noch nicht rund. 5500-mal mussten die Schwangerschaftsberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen bei ARGEN oder Jobcentern in den ersten drei Monaten des letzten Jahres intervenieren. Anlass genug für den Diözesan-Caritasverband Münster, der die Geschäftsführung der Bundesstiftung Mutter und Kind im Land innehat, eine Initiative zur Verbesserung der Zusammenarbeit zu starten.

Die Umfrage, an der sich die Beratungsstellen tatsächlich zu 100 Prozent beteiligten, war der erste Schritt. Eine Fachtagung mit Beispielen guter Kooperation von Beratungsstellen und Jobcentern war ein weiterer Schritt. „Die gibt es durchaus“, erklärte Peter Hoffstadt, Geschäftsführer der Bundesstiftung und stellvertretender Diözesan-Caritasdirektor. Wenn es gelinge, die zeitaufwendigen Reibungsverluste künftig zu vermeiden, „können alle dabei gewinnen: Jobcenter, Beratungsstellen und vor allem die schwangeren Frauen“.

Hoffnungsvolle Ansätze gibt es. Schon die Umfrage habe in einigen Kreisen und Kommunen dazu angeregt, aufeinander zuzugehen und nach Wegen zu einer besseren Zusammenarbeit zu suchen. In einem Erlass habe das NRW-Arbeitsministerium im Oktober die besonderen Regeln und Ansprüche von schwangeren Frauen präzisiert, so Hoffstadt. Zudem hätten in den Kreisen Gütersloh und Heinsberg sowie im Rhein-Erft-Kreis die Schwangerschaftsberatungsstellen gemeinsam beschlossen, sich nicht an der Umfrage zu beteiligen, weil die Zusammenarbeit gut sei. Gelobt wurde zudem die gute Kooperation in Lippstadt, Mülheim und Hagen sowie in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Steinfurt.

Jede vierte Schwangere bedürftig

„Wir wollen nicht anprangern“, machte Hoffstadt auf der Fachtagung deutlich. Deswegen stelle man gute Beispiele vor, die zur Nachahmung anregen sollten. Mit der Einführung des SGB II seien nicht nur „erhebliche Änderungen in der konkreten Leistungserbringung verbunden gewesen“. Neben neuen Unterstützungsangeboten seien auch neue Sozialleistungsträger wie ARGEN und Jobcenter vor Ort aufgebaut worden. Dadurch hätten bestehende Netz-

werke und vorhandenes Wissen nur noch eingeschränkt genutzt werden können. „Das konnte bis heute offensichtlich nicht aufgeholt werden“, erklärte Hoffstadt.

Jetzt müsse die Initiative vor Ort ergriffen werden, um im gemeinsamen Gespräch zu überlegen, wie die Probleme zu lösen sein. Spezielle Fortbildungen könnten ein Weg sein, so Hoffstadt. Eine Liste mit Ansprechpartnern speziell für Frauenbelange bei den örtlichen Sozialleistungsträgern stehe bereits zur Verfügung.

Beklagt wird von den schwangeren Frauen vor allem, dass es keine Beratung gebe oder falsche Aussagen gemacht würden. In geringerem Umfang würden auch Anträge gar nicht erst angenommen oder der Mehrbedarf für Schwangerschaft, den das SGB II vorsehe, nicht anerkannt. Hier telefonisch und schriftlich zu intervenieren verursacht in den Schwangerschaftsberatungsstellen einen erheblichen Arbeitsaufwand. Allein im ersten Quartal 2010 war das 3200-mal erforderlich. In den übrigen rund 2400 Fällen mit Klärungsbedarf lehnten die Frauen trotz Beschwerde ein Eingreifen ab. Meist, so die Erfahrung, führt die Intervention zum Erfolg. Nur in fünf Prozent der Fälle, so Hoffstadt, komme es dann doch noch zu Widerspruch und Klage. Die Arbeit der Beratungsstellen ersparten den Sozialgerichten also viel Aufwand.

Erschreckend, so Hoffstadt, sei der Umfang der Hilfe, die die Bundesstiftung inzwischen leisten müsse. Fast jedes vierte Neugeborene in NRW werde von ihr unterstützt. Bei 145 000 Geburten wurden 2009 über 33 500 Anträge bewilligt und über 20 Millionen Euro ausgezahlt.

Die Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ wurde vor 26 Jahren mit der Reform des § 218 gegründet, um Frauen die Fortsetzung der



Schwangere Frauen müssen sich um vieles kümmern, manchmal fehlt dann die Kraft zur Auseinandersetzung mit dem Jobcenter. Foto: KNA

Schwangerschaft zu erleichtern. Jährlich stellte die Bundesregierung 92 Millionen Euro dafür zur Verfügung. 181 der insgesamt 216 Schwangerschaftsberatungsstellen in NRW vergeben die Mittel. Sie werden getragen von Diakonie, Caritas, AWO, donum vitae und einigen Kommunen. Pro Familia, AWO Niederrhein und der Paritätische Wohlfahrtsverband tun dies nicht, haben sich aber an der Umfrage beteiligt. Der Diözesan-Caritasverband Münster verwaltet die Mittel der Bundesstiftung zentral für Nordrhein-Westfalen. ◀

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln,
Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abo-Fragen: Monika Heinemann,
Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail:
karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

Spende für irakische Christen

Essen – Zugunsten der Flüchtlinge im Irak hat die Essener Deichmann-Stiftung 100 000 Euro an die Caritas im Ruhrbistum gespendet. Das Geld kommt den in den letzten Wochen in den kurdischen Teil des Landes geflohenen Menschen als Soforthilfe zugute, teilte das Bistum mit. Bei den Flüchtlingen handele es sich überwiegend um Christen, die um ihr Leben fürchten. Zuletzt waren bei einem Überfall auf die syrisch-katholische Kathedrale in Bagdad vor zwei Monaten 58 Menschen ums Leben gekommen. Seither sind nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR große Teile christlicher Gemeinden aus Bagdad und Mossul auf der Flucht. Mit dem Geld soll ihnen eine Perspektive für einen Verbleib im Lande geboten werden. ◀ (KNA)

Gute Kooperation

Köln – Migrantenvereine und -initiativen kümmern sich um die Integration von Zuwanderern und greifen dabei häufig auf die Unterstützung der Caritas-Fachdienste zurück. Durchschnittlich 18 Maßnahmen pro Integrationsdienst wurden im vergangenen Jahr mit Migrantenorga-

nisationen gemeinsam durchgeführt. Das belegt jetzt auch eine bundesweite Umfrage des Deutschen Caritasverbandes, bei der die Fachdienste im Erzbistum Köln besonders gut abschnitten. Daher gelten Migrantenselbstorganisationen für die Politik, aber auch für die Experten der Caritas als wichtige Akteure und Partner im Integrationsgeschehen. „Die hohe Sensibilität und die rege Praxis in der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen sind erfreulich und nötig zugleich“, sagte Dr. Frank Joh. Hensel, Direktor des Kölner Diözesan-Caritasverbandes. ◀

Neue Website zum Ehrenamt

Pünktlich zum internationalen Tag des Ehrenamtes wurde im Internet die neu gestaltete Ehrenamtsseite der Caritas freigeschaltet. Unter www.ehrenamt-caritas.de informiert die Caritas in NRW rund um das Ehrenamt. Der Clou ist allerdings die Ehrenamts-Datenbank mit über 2 000 Projekten, die zur Mitarbeit einladen. Interessierte können anhand eines Postleitzahlen-Filters direkt in ihrer Nähe interessante und wichtige Projekte finden, bei denen Ehrenamtliche gesucht werden. Zu den bereits bestehen-

den Projekten und Initiativen können sie direkt Kontakt aufnehmen. Die Bereitschaft der Menschen in Deutschland, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist groß. Bundesweit sind derzeit mehr als eine halbe Million Menschen ehrenamtlich bei der Caritas tätig. ◀

Streik nicht unzulässig

Auch in kirchlichen Einrichtungen sind gewerkschaftlich organisierte Streikmaßnahmen nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Zu diesem Urteil kam das Landesarbeitsgericht Hamm. Es wies damit eine Klage der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover sowie von Diakonischen Werken, Diakonien und weiteren Einrichtungen in zweiter Instanz ab. In erster Instanz hatte im März vergangenen Jahres das Arbeitsgericht Bielefeld die Gewerkschaft ver.di zur Unterlassung von Streikmaßnahmen gegenüber der Evangelischen Kirche, dem Diakonischen Werk und einzelnen Einrichtungen verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte ver.di Berufung eingelegt. Nach Auffassung des Gerichts hängt die Zulässigkeit eines Streiks von den konkreten Umständen im Einzelfall ab. ◀

KiBiz-Revision: mehr Mittel und mehr Personal

Caritas wünscht landeseinheitliche Beiträge mit sozialer Staffelung

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will mit zusätzlichen Mitteln eine bessere Personalausstattung in Kindertagesstätten ermöglichen. Außerdem möchte Familienministerin Ute Schäfer (SPD) das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung beitragsfrei stellen. Das Kinderbildungsgesetz soll in mehreren Stufen geändert werden.

Die Revision des KiBiz wird von den Wohlfahrtsverbänden in vielen Punkten begrüßt, allerdings gibt es durchaus fachliche Divergenzen. So plädiert die Caritas dafür, aus fachlicher Sicht das erste Kindergartenjahr (für Dreijährige) beitragsfrei zu stellen, um so früh wie möglich bessere Bildungschancen für alle Kinder zu erreichen. Immer wieder haben die Wohlfahrtsverbände zudem darauf hingewiesen, die Elternbeiträge landesweit einheitlich zu gestalten, sowohl in Bezug auf die Höhe als auch in Bezug auf eine soziale Staffelung. Eine solche Beitrags-

gestaltung hätte Priorität gegenüber einem beitragsfreien Kindergartenjahr.

Die Landesregierung plant in diesem Jahr zusätzliche Mittel für die Einstellung von Kinderpflegern und Berufspraktikanten in Höhe von sieben Millionen Euro ein. Das halten die Wohlfahrtsverbände für eine notwendige substanzielle und qualitative Verbesserung für die Gruppen mit Kindern unter drei Jahren. Ebenso ist mit Blick auf den drohenden Fachkräftemangel die zusätzliche Finanzierung von Berufspraktikantenstellen ein Schritt in die richtige Richtung

Caritas in NRW – AKTUELL

... gibt es auch als E-Mail-Version – noch aktueller, bereits eine Woche vor der gedruckten Version. Bestellung: www.caritas-nrw.de über „Newsletter“

Mit großer Erleichterung haben die Wohlfahrtsverbände Signale registriert, dass die bereits bewilligten Investitionen in den Ausbau der U3-Betreuung vom gerichtlich angeordneten Stopp des Nachtragshaushaltes nicht betroffen sind. Auf dieser Baustelle muss es nach wie vor zügig vorangehen. Insgesamt hatte die Landesregierung angekündigt, 250 Millionen Euro zusätzlich in die Kindergärten zu investieren. Inwieweit diese Pläne nach den gerichtlichen Auseinandersetzungen um den Haushalt für 2010 und den zu erwartenden politischen Auseinandersetzungen 2011 Bestand haben, lässt sich nicht prognostizieren. ◀ M. Lahrmann

Bischof Overbeck: Armut in NRW hat viele Gesichter

Aktion Lichtblicke verzeichnet konstantes Spendenaufkommen

Inzwischen ist es eine Tradition: Der Tag vor Heiligabend ist in den Lokalradios in NRW der große Lichtblicke-Tag. Diesmal machten sich Essens Bischof Franz-Josef Overbeck und der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, ein Bild von der Arbeit an den Spendentelefonen bei radio NRW in Oberhausen und der Hilfsbereitschaft der vielen Hörerinnen und Hörer.

„Armut in NRW hat viele Gesichter“, sagte Bischof Overbeck und erinnerte an Straßenkinder und an soziale und psychische Probleme bei Familien mit Kindern in Not. Er lobte die Hilfe und Betreuung von Caritas und Diakonie: „Es ist wichtig, dass es einen Kontakt gibt zwischen kompetenten Helfenden und solchen, die Hilfe brauchen“, betonte der Bischof. Er rief die Hörer der Lokalradios auf, gerade in der Weihnachtszeit auch an andere zu denken. Ihm sei Familienkultur sehr wichtig, sagte Overbeck. Den Spendern dankte er herzlich: „Auf diese Weise ist es für mich ein kleines Zeichen dafür, dass wir – auch wenn wir viel erwarten – doch noch mehr finden, nämlich das Zeichen Ihrer Solidarität mit Menschen in Not, für die die Caritas, aber auch die Diakonie und andere nun Orte finden, an denen sie helfen können.“

Das Spendenaufkommen lag zuletzt etwa in der gleichen Höhe wie im Vorjahr. Inzwischen gibt es viele regelmäßige Spender, und auch die Zahl der Spenden aus Betrieben, von Mitarbeitern und aus lokalen Aktionen ist mit dem zunehmenden Bekanntheitsgrad der Aktion gewachsen. ◀

Infos unter www.lichtblicke.de



Die Aktion Lichtblicke wird getragen von den NRW-Lokalradios, radio NRW und Caritas und Diakonie: Am Lichtblicke-Tag trafen sich der evangelische Präses Nikolaus Schneider (l.), Essens Bischof Franz-Josef Overbeck und Martin Kunze, Programmdirektor von radio NRW (r.).